

Rede von Rainer Arnold beim Diskussionsforum „Demokratie und Extremismus“ in  
Owen

09. Februar 2017

---

Die Bundesrepublik hat sich zu einer Demokratie mit überzeugten Demokraten entwickelt: Laut Umfragen liegt die Zahl der Befürworter unserer Demokratie konstant bei etwa 75%. Wobei ich mich dann schon frage: Was wollen die anderen 25%? Oder, um es mit den Worten des Kabarettisten Dieter Nuhr zu sagen, der in seinem Jahresrückblick meinte: „Das Problem an der Demokratie ist nicht das System, sondern der Wähler!“ Wobei ich anmerken möchte: Der Kabarettist darf so denken. Der Politiker nicht.

Vielleicht ist für uns Demokratie mittlerweile aber auch zu selbstverständlich. Und vielleicht haben wir nicht wahrgenommen, dass aus Plattenbausiedlungen, aus Gegenden mit Industriebrachen und aus halbleeren Dörfern mit den Menschen auch ein Stück weit die Demokratie weggegangen ist. Und deshalb spüren wir jetzt: Es droht ernste Gefahr.

Unser Land - und die politische Landschaft - werden in diesen Wochen und Monaten schon ganz schön durchgerüttelt. Die Flüchtlingskrise hat Ängste mobilisiert und vieles ans Tageslicht gebracht, das eigentlich schon lange spürbar war. Etwa das Gefühl, dass die Politiker, und da werden wir leider alle über einen Kamm geschoren, „da oben im fernen Berlin“ angeblich den normalen Alltag der Menschen nicht mehr kennen. Das ist ein Punkt, der mich immer ganz besonders ärgert. Denn ich habe die Arbeit als Parlamentarier auch deshalb so gerne gemacht, weil sie eine unglaubliche Chance ist. Ich treffe jeden Tag Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Situationen. Arme und Reiche, Klügere und nicht ganz so Kluge. Diese Vielfalt macht meinen Beruf so spannend!

Früher hieß es ja immer das Gespenst des Marxismus geht um in Europa. Heute muss man sagen, das Gespenst des rechten Nationalismus geht um in Europa. Die Antworten der rechten Nationalisten sind immer gleich. Und immer einfach. Sie sind aber auch immer, wie ich finde, gefährlich. Gefährlich, weil darin nur dürftig getarnte Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und die Rückkehr zu nationalen Egoismen enthalten sind.

Aber wir wissen: Aus Ausgrenzung, aus Egoismus, aus Nationalismus ist in der Geschichte noch nie etwas Gutes entstanden. Und die Hetze dieser neuen Rechten ist oft nur das, was Kurt Schumacher 1932 im Reichstag meinte, als er deren Agitation als „einen dauernden Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“ bezeichnete. Das trifft auch heute noch zu. Und einer der größten Betrugsversuche dieser neuen Rechten ist, dass sie den Menschen vormachen wollen, dass die Flüchtlinge an unseren sozialen Fragen schuld sind. Dabei ändert der Zuzug von Menschen, die oft nur knapp Krieg und Terror entronnen sind, überhaupt nichts an der Ungleichheit bei uns.

Wir hatten schon vor der Flüchtlingskrise offene Fragen: Wie sichern wir gute Arbeit? Wie gehen wir mit unakzeptablen Lohnunterschieden, auch zwischen Mann und Frau, um? Wie schaffen wir genügend bezahlbaren Wohnraum? Wie gelingt Integration? Und wie schaffen und bewahren wir unsere öffentliche Sicherheit?

Diese Fragen gab es schon vor 2015, als die Flüchtlinge, leider sehr unorganisiert, zu uns gekommen sind. Die Flüchtlingskrise hat diese Fragen vielleicht zugespitzt. Deren Ursache ist sie nicht.

In der Diskussion erleben wir derzeit aber auch die Macht der Stimmungen. Ich weiß, menschliches Handeln ist rational, aber immer auch emotional motiviert. Deshalb brauche ich als Politiker auch immer beides. Ich kann nicht nur den Kopf ansprechen. Politiker müssen immer auch die Herzen der Menschen erreichen. Und die vorherrschende Stimmung bei vielen Menschen ist derzeit das Gefühl der Ohnmacht. Und das finde ich ganz interessant, weil die wirklich Reichen sicher sehr gut damit leben können, wenn viele Bürger ein Gefühl der Ohnmacht haben. Denn wer sich ohnmächtig fühlt, wird auch keine Veränderung einfordern!

Wir Sozialdemokraten glauben daran, dass man etwas verändern kann! Aber die Populisten bedienen dieses Gefühl der Ohnmacht mit ihren einfachen Aussagen. Sie schüren Ängste und instrumentalisieren sie für ihre Ziele.

Und ich finde, dass sich immer wieder ein Blick über den Tellerrand und in die Geschichte lohnt. Dann stellen fest, dass erstens in Deutschland auf einem ziemlich hohen Niveau gejammert wird. Wenn ich international unterwegs bin und mit Abgeordnetenkollegen rede, wie vor zehn Tagen mit den Spaniern, sagen alle: Was ist denn eigentlich mit euch los? Eure Sorgen möchten wir haben. Und das Zweite ist, mit Blick

auf unsere Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, doch eindeutig: Diese Demokratie, dieses Grundgesetz, ist das Beste, was den Deutschen nach dem verheerenden Krieg passieren konnte. Und das Dritte ist: Seit 153 Jahren gibt es in unserem Land Sozialdemokraten, die immer in komplexen Prozessen gedacht und gehandelt haben. Die Politik schon auch einfach erklären mussten. Die aber immer wussten, dass die Wirklichkeit eigentlich schwieriger ist. Und die sich dennoch immer der Herausforderung gestellt und Entscheidungen getroffen haben. Und frage ich: Warum sollte man sich daher eigentlich ohnmächtig fühlen? Wir haben in 153 Jahren eine Menge erreicht. Das ist uns nicht zugeflogen. Das musste alles erstritten und erkämpft werden. Teilweise erst in allerjüngster Vergangenheit, z.B. wenn es um Rechte von Frauen und Homosexuellen geht. Und wir haben noch viel vor uns, wir wollen auch weiterhin etwas erreichen!

Eines verstehe ich schon: Die Sorge vieler Menschen, die Angst vor dem Tempo des Wandels. Denen müssen wir ehrlich sagen: Ja, manche Dinge werden sich verändern. Und sie werden sich schneller verändern, als das noch in meiner Jugend der Fall war. Aber das heißt doch noch lange nicht, dass die Dinge deshalb verschlechtern. Es braucht allerdings Voraussetzungen dafür, dass sie nicht schlechter werden. Und es braucht dazu die gemeinsame Anstrengung! Das politische Leben ist keine individualistische, sondern eine kollektive Veranstaltung. Diese Anstrengung verweigern manche. Die sagen dann, wir finden Politiker blöd und deshalb beteiligen wir uns nicht. Manchmal ist es Politikverdrossenheit. Manchmal ist es eben auch nur Bequemlichkeit. Und die gefühlte Ohnmacht ist dann das Band, das die Rechtspopulisten derzeit in Europa, bis hin in die Vereinigten Staaten, verbinden.

Und der Punkt, der mich am meisten verrückt macht: Die Behauptung der Populisten, angeblich gegen das sogenannte Establishment zu sein. In Wirklichkeit wollen sie aber die bestehenden „Eliten“ nur beseitigen und durch autoritäre „Eliten“ ersetzen. Die Stuttgarter Zeitung hat das nach der Wahl von Donald Trump gut formuliert: „Nur weil er demokratisch gewählt wurde, ist er noch lange kein Demokrat“. Das könnte man auch anwenden auf Erdogan, auf Putin, auf Orban und manche andere, die hoffentlich nicht gewählt werden in den nächsten Monaten.

Ich glaube an unsere europäische Idee, unsere Demokratie, unsere Wirtschaftskraft. Wir sind weltanschauliche Gegner des Herrn Trump und seiner Gefolgsleute. Und wir

müssen hier klar und eindeutig unsere Werte auch gegenüber dem Freund USA verteidigen. Im Gespräch bleiben, aber klar bleiben ist die Devise.

Wir sehen ja gerade, die Welt sortiert sich nicht mehr wie viele Jahre lang in rechts und links, sondern in demokratisch und antidemokratisch. In freiheitlich und weltoffen oder autoritär, autokratisch, mit Mauern an Grenzen und in Köpfen. Und manchmal auch Mauern in Herzen. Das fällt ja auch auf: Menschen mit Mauern im Herzen haben kein Mitgefühl mit Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Insofern sind Rechtspopulisten und die fürchterlichen Terroristen, die unser Leben bedrohen, auch die vom IS, im Kern Blutsbrüder. Nämlich Blutsbrüder im Kampf gegen unsere offenen liberalen Gesellschaften. Wir Sozialdemokraten hingegen sind ein Stück weit Garant für die offene Gesellschaft. Und das ist vielleicht ein Grund für die besseren Umfrageergebnisse und für den Zulauf an neuen Mitgliedern. Die Wahl in Amerika beschäftigt ja auch viele Menschen hier. Und ich glaube, die Menschen wissen, dass die SPD niemals zulassen wird, dass Respekt und Toleranz in unserem Land einfach so zerbröseln.

Dabei gibt es paradoxe Situationen, auch für uns Abgeordnete. Auf der einen Seite höre ich von den Leuten: Ihr „da oben“ seid eh alle gleich. Dieser Eindruck mag manchmal entstehen, weil die vorhandenen Unterschiede in Koalitionen bisweilen nicht mehr so sichtbar sind. Aber der Gleiche sagt mir fünf Minuten später: Ihr streitet ja nur die ganze Zeit. Da frage ich mich: Ja was denn jetzt?

Demokratie ist halt kein Verfahren zur Vermeidung von Streit, sondern zu Herbeiführung von mehrheitlich getragenen Lösungen. Das geht nicht mit autoritären Kommandos und Hauruckverfahren. Wenn man das gemacht hat, auch bei uns gab es das schon, dann ging es meistens nicht so gut aus für die entsprechenden Politiker. Ich finde, der wirklich gute Journalist Heribert Prantl hat es vor einiger Zeit in der Süddeutschen Zeitung auf den Punkt gebracht: „Ein Demokrat haut nicht schnell zu, sondern nestelt herum. Er lässt nicht die Fetzen fliegen, sondern versucht die Knoten zu lösen“. Also wir sollten nesteln. Wir tun es auch. Und ich finde, es lohnt sich auch. Das sehen wir in den aktuellen Umfragen.

Es ist schon lange bekannt, dass wir die Partei sind, die ihr Wählerpotenzial bisher am schlechtesten ausgeschöpft hat. Wir haben also den Spielraum, durch solide Arbeit etwas zu bewegen. Neue Zahlen bestätigen das. Zwei Drittel der Menschen, und das

ist hochinteressant, also 66 Prozent, sagen sie möchten, dass die SPD an Regierungen bei uns beteiligt ist. Und Dreiviertel, das muss man sich mal vorstellen, seit Jahren sind es Dreiviertel, könnten sich immerhin vorstellen unsere Partei zu wählen. Wenn es die Hälfte täte, wären wir ja einen ganzen Schritt weiter. Und deshalb glaube ich, müssen wir jetzt den Schub nutzen und sichtbar machen: Wir sind die Mutmacherpartei! Wir sind die Partei, die gestalten will. Wir umarmen die Zukunft, wir wehren sie nicht ab. Und natürlich sind wir auch die Partei, und deshalb glauben auch viele, dass es gut ist, wenn wir mitregieren, deren Minister in den Kabinetten gute Arbeit machen. Das ist ganz eindeutig. Wir haben etwas erreicht. Auch in dieser Koalition mit 25 Prozent. Ich hab eine lange Liste, von der ich nur ein paar Stichworte vorlese: Wir haben den Mindestlohn durchgesetzt – nach zehn Jahren hitziger Debatte. Das Abendland ist dadurch nicht zu Grunde gegangen. Er hat keine Arbeitsplätze gekostet, wie uns viele erzählt haben. Wir haben Leiharbeit und Werkverträge besser reguliert. Wir haben die Rente nach 45 Versicherungsjahren für 63-jährige eingeführt. Wir haben die Steuerflucht zumindest ein Stück weit bekämpft. Wir haben wichtige Verbesserungen für Demenzkranke in der Pflege erreicht. Wir haben das Verbot von Fracking erreicht. Es ist eine lange Liste!

Aber wir haben bei der Landtagswahl vor einem knappen Jahr auch in Baden-Württemberg gemerkt, dass sich gute Sacharbeit nicht automatisch auszahlt. Denn auch in Baden-Württemberg waren unsere Minister die Leistungsträger. Auch Nils Schmid, der hoffentlich diesen Wahlkreis hier in Zukunft in Berlin vertreten wird. Deshalb müssen wir schon drüber nachdenken, dass es nicht reicht, solide zu schaffen. Und wir sind uns einig in der Partei, und diskutieren das übrigens schon seit längerem, dass wir wieder stärker die großen Linien unserer Politik sichtbar machen müssen. Vor allem, dass wir es sind, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen.

Zu diesen Themen hat Barack Obama in einer Rede, die er vor einigen Monaten gehalten hat, etwas sehr Richtiges gesagt: „Die Ungleichheit in der Welt ist die entscheidende Herausforderung unserer Zeit“. Und es ist wahr. Auch in Deutschland sind Einkommen aus Kapitalerträgen und Unternehmenstätigkeiten weitaus stärker gestiegen, als die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Und in der Eurozone sind nirgendwo die Vermögen so ungleich verteilt, wie in der Bundesrepublik. 10 Prozent der Menschen in Deutschland besitzen ca. 70 Prozent des Vermögens. Und dann gibt es diese Auswüchse, wenn plötzlich Spitzenmanager, die eigentlich in vielfältiger Hinsicht

versagt haben, wie selbstverständlich 3100 € Pension kriegen. Pro Tag. Diese Schamlosigkeit legt am Ende auch die Axt an die Wurzeln und an das Vertrauen unserer Demokratie. Und deshalb glaube ich, dass man das deckeln muss. Freiwillig passiert dort überhaupt nichts. Das Erste, was deshalb passieren muss, ist, dass diese Leute nicht mehr alles von der Steuer absetzen können. Weil es unmäßig ist. Und weil wir diese Unmäßigkeit nicht noch mitbezahlen sollen durch unsere Steuern.

Und trotz vielen Anstrengungen ist es auch wahr, dass gerade auch in Deutschland die Startchancen von jungen Menschen in hohem Umfang auch vererbt werden. Wer zum Beispiel nicht das Geld hat, die Nachhilfekurse für seine Kinder zu bezahlen, und schauen Sie mal, wie voll die sind, der tut sich einfach schwerer. Das ist so. Sozialdemokraten hatten und haben das Ziel, dass auch Kinder von einfachen Arbeitnehmern Zugang zu guter Bildung haben. Dieser alte sozialdemokratische Traum hat auch Willy Brandt bewegt und ich bin auch ein Kind, und manche hier auch, dieser Ära. Es hat sich einiges verändert, aber wir sind noch nicht am Ziel. Aber wir sind auch nicht ohnmächtig! Wir werden das ändern.

Aber dazu braucht man auch demokratische Mehrheiten. Mit 25 Prozent werden wir das nicht schaffen. Und wir müssen aufpassen, dass wir uns statt dieser wichtigen Debatte, die ich gerade angesprochen habe, nicht auf Scheingefechte einlassen. Die Burka gefällt niemandem, da sind wir uns einig. Wenn wir uns aber auf Debatten über das Burkaverbot einlassen oder darüber, welche Sprache man auf dem Schulhof spricht, oder wie türkische Frauen ins Schwimmbad gehen, dann haben wir verloren. Und genau deshalb wird auch versucht uns in diese Debatten hineinzuziehen. Denn es ist schon interessant, wie ausgerechnet die Konservativen der Union, insbesondere aus Bayern, immer die Speerspitze der Liberalität sind, wenn es um die Frauenrechte bei Muslimen geht. Wenn wir aber endlich die Lohntransparenz für alle Frauen bei uns durchsetzen wollen, damit Frauen sehen, ob sie so viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen, dann kommt aus Bayern nur eins: Blockade. Darüber sollten wir dann auch reden und Scheinheiligkeiten klar benennen.

Und wir sollten über Gerechtigkeit - im Kleinen wie im Großen – reden, dann haben wir alle Chancen! Als Sozialdemokraten reden wir natürlich am liebsten über sozialpolitische Fragen. Und wir müssen da schon ein bisschen aufpassen. Uns muss klar sein, dass wir die Sorgen der Menschen, die Frage nach innerer und äußerer Sicherheit

nicht ignorieren können. Erst recht nicht nach den Anschlägen auf den Weihnachtsmarkt in Berlin. Ich finde, dass Sigmar Gabriel in seinem Aufsatz vor vier Wochen genau die richtige Überschrift gewählt hat. Er hat geschrieben: Sicherheit ist soziales Bürgerrecht. Beides hat nämlich miteinander zu tun. Und dazu gehört, dass Menschen nachts ohne Angst auf die Straße gehen können. Dass auch diejenigen, die sich keine Alarmanlage für 5.000 Euro leisten können, keine Sorgen vor Einbrüchen haben müssen. All das ist auch eine soziale Herausforderung. Es ist eine Binsenweisheit, dass nur mit Sicherheit auch Freiheit und Gerechtigkeit in Gesellschaften entwickelt werden kann.

Wir werden auch die Diskussion führen müssen, wie man diese Sicherheit, wo es möglich und notwendig ist, verbessert. Und zwar mit richtigen Lösungen. Wir brauchen keine Scheinlösungen und Symbolhandlungen, die am Ende nichts bewirken. Denn diese würden nur dazu führen, dass die Verärgerung über Politik wächst. Dazu muss man den Leuten aber ehrlich sagen, dass es absolute Sicherheit nicht gibt. Insbesondere in einer Gesellschaft, die offen sein will und muss. Wir müssen auch daran erinnern, dass diese fürchterlichen Anschläge in Deutschland meist von Einzeltätern verübt worden sind - und nicht von Menschen, die mit den großen Flüchtlingsströmen zu uns gekommen sind. Ganz gleich ob Ingolstadt, Würzburg, München oder Berlin. Immer waren die Attentäter Menschen, die schon vorher da waren und größtenteils hier in Deutschland, mitten unter uns, radikalisiert wurden. Es ist deshalb auch eine Scheinlösung, wenn im Augenblick von Bayern aus über die doppelte Staatsbürgerschaft diskutiert wird oder über Obergrenzen von Flüchtlingen. Das ist vollkommen daneben und deshalb werden wir uns darauf nicht einlassen. Und wenn sie uns ärgern, erinnern wir schon auch daran, wo Versäumnisse bei der Union liegen. Ich weiß, die Leute wollen nicht, dass wir streiten in der Koalition. Sie wollen, dass wir Probleme lösen.

Aber wenn sie uns ärgern, müssen wir schon daran erinnern, dass wir schon bei 300.000 Flüchtlingen längst ein BAMF in Nürnberg gebraucht hätten, dass den Aufgaben gewachsen ist. Schon bei 300.000 Flüchtlingen hätten wir längst eine moderne IT, möglichst vernetzt mit den europäischen Außengrenzen, gebraucht. All dies wurde in den letzten Monaten erst durch unseren Druck in die Wege geleitet. Von den Innenministern, die seit vielen Jahren von der CDU gestellt werden, ist das nämlich versäumt worden. Und wenn es sein muss, werden wir darüber ganz deutlich reden. Auch darüber, dass es die Sozialdemokraten waren, die zunächst 4.000 und dann 7.000 weitere

Bundespolicisten in den Bundeshaushalt reingeschrieben haben und damit eine Umkehr der Entwicklung der letzten Jahre möglich gemacht haben.

Wir werden aber bei diesen Debatten nicht alles reflexhaft ablehnen, wenn es an der einen oder anderen Stelle Dinge gibt, die nachgebessert werden müssen. Wenn zum Beispiel Videoüberwachung Verbrecher abschreckt und bei der Aufklärung von Straftaten hilft, dann kann man mit mir in bestimmtem Rahmen darüber reden. Wir können akzeptieren, dass in jedem Supermarkt, in den meisten Kaufhäusern und in jedem Flughafen Videokameras hängen. Warum denn nicht auch an anderen Stellen? Darüber kann man mit uns reden.

Aber das Wichtigste wird bleiben, dass man, wie bei anderen Kriminalitätsproblemen übrigens auch, in erster Linie vorbeugend politisch wirkt. Und ist es klar, dass wer hier mit Gewalt islamistische Ideologie verbreitet ein Fall für Polizei und Justiz ist. Aber die größere Gruppe, die uns Sorgen macht, sind diejenigen, die nicht zwangsläufig Bomben werfen, aber trotzdem unsere Werte Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter und von unterschiedlichen sexuellen Orientierung sowie gewaltfreie Erziehung nicht akzeptieren. Es sind diejenigen, die ein Gottesbild verbreiten, das von Angst und Strafe geprägt ist. Und die im Grunde genommen auch glauben, dass ihr Gott der einzig Seligmachende ist und nichts anderes zählt. Diese, und es sind nicht nur junge Männer, sondern zum Teil auch junge Frauen, sind schon eine Basis für eine mögliche Radikalisierung.

Und deshalb ist für mich das Thema Schule und Bildung ein entscheidender Schlüssel zur Prävention. Es ist wichtig, dass man in der Schule lernt, seine eigenen Positionen zu hinterfragen. Dass man eine offene Erziehung erlebt und in der Schule kritisches Denken lernt. Wenn wir das nicht schaffen, dann werden sich diese jungen Leute ihre Informationen aus dem Internet holen. Und was das vielfach bedeutet, wird ja breit diskutiert. Wir müssen aufpassen, dass wir diese jungen Leute nicht den Verschwörungstheoretikern überlassen. Diese breiten ihre Theorien ja vor allem im Internet aus. Mittlerweile bin ich auch der Ansicht, dass wir interreligiösen Unterricht brauchen. Damit jetzt niemand erschrickt: Dafür muss man nicht den evangelischen und katholischen Religionsunterricht abschaffen. Wir brauchen aber eine gemeinsame, ethisch-religiöse Unterrichtsbasis, die auf Andersdenkende neugierig macht. Die eigene Meinungen stärkt und die jeglichen Exklusivitätsanspruch relativiert.



Unsere Botschaft an schwere Straftäter ist eindeutig: Hassprediger und Straftäter gehören nicht zu uns. Aber wir stellen nicht – wie andere - sämtliche Muslime unter Generalverdacht. Alle, die hier gesetzestreu leben und sich in unsere Gesellschaft einbringen, gehören natürlich zu uns.

Und wenn ich auf den anstehenden Wahlkampf schaue, dann wird Thema Sicherheit eine wichtige Rolle spielen. Und natürlich wird die Frage der Gerechtigkeit von uns thematisiert werden. Außerdem wird dieser Wahlkampf anders laufen! Wir haben schon immer versucht, unsere Themen zu platzieren. Es ist uns in den letzten zwei Wahlkämpfen nicht gelungen - warum nicht? Weil die Kanzlerin, das ist ja auch mittlerweile wissenschaftlich belegt, eine bestimmte Strategie hatte. Das nannte sich bei denen asymmetrische Demobilisierung. Auf gut Deutsch heißt das: Sie wollten die Menschen einschläfern. Und haben das auch leider vielfach geschafft. Die Union war desto erfolgreicher, umso weniger Menschen sich wirklich für Politik interessierten. Sie haben damit auch in Kauf genommen, dass viele Menschen am Wahltag zuhause geblieben sind.

Das ist vorbei. Denn drängende Fragen stellen sich. Zum Beispiel die Fragen nach Sicherheit und Gerechtigkeit in der Welt. Die Frage, wie wir mit den Amerikanern und rechtspopulistischen Systemen in unserer Nachbarschaft umgehen. Diese Fragen werden im Wahlkampf gestellt werden und damit leben wir wieder in politischen Zeiten. Das ist auch ein Grund, unabhängig von Martin Schulz, warum sich wieder viele Menschen für die SPD interessieren. Wir müssen aber auch die Lehren aus Wahlkämpfen der letzten Jahre in Europa und in Amerika ziehen: Wenn man anfängt die Argumente der sogenannten „Wutbürger“ zu übernehmen, steht man am Ende da wie der Zauberlehrling, der die Geister rief und dann nicht mehr loswurde.

So haben die Republikaner in den USA jahrelang in ihren eigenen Reihen die sogenannte Tea Party, rechte Nationalisten und Rassisten, nicht nur akzeptiert, sondern auch hofiert.

So hat David Cameron in Großbritannien jahrelang alles auf die EU geschoben, was in Großbritannien schief gelaufen ist. Er hat den Menschen nie ehrlich gesagt: Die EU ist kein anonymes Gebilde, sondern die Staatschef der Mitgliedsländern entscheiden ja, was dort passiert- also auch er selbst! So haben auch die Briten das Einstimmigkeitsprinzip in Brüssel mitentschieden. Aber das hat er verschwiegen. Und dann hat er

sich gewundert, dass ein Vierteljahr vor der Abstimmung über den Brexit die Meinung in der Gesellschaft nicht mehr zu ändern war. Der Zauberlehrling wurde die Geister nicht mehr los. Ob Horst Seehofer diese Lektion je begreift, bezweifele ich sehr!

Wir wollen uns nicht allzu viel mit der AfD beschäftigen, aber einen kurzen Blick möchte ich schon darauf werfen. Diese Partei und ihre Anhänger bestehen im Wesentlichen aus drei Gruppen. Soziologen machen fünf daraus, aber ich mache es mal ein bisschen gröber. Die erste Gruppe sind wirklich Neonazis, die es bei uns auch schon immer gegeben hat. Früher haben sie NPD, oder in Baden-Württemberg die Republikaner, gewählt. In Mecklenburg-Vorpommern sieht man das auch an den Wahlergebnissen ganz deutlich. Dann gibt es als zweite Gruppe, die der sogenannten „Postfaktischen“. Ich sage, dass da postfaktische Spinner dabei sind.

Das sind Leute, die sind nur noch für Argumente zugänglich, die ihre Ansichten stützen. Sie sind für mich leider nicht mehr erreichbar. Ich habe das schöne Beispiel aus dem Wahlkreis: Bürger aus Bernhausen, die ich zum Teil seit meiner Jugend kenne und die mich immer wieder ansprechen. Sie machen sich Sorgen wegen überkreuzten Kondensstreifen am Himmel und sagen zu mir: „Arnold, wir müssen die Fenster zumachen. Die Amerikaner besprühen uns wieder“. Über Verschwörungstheorien gibt es Bücher, habe ich inzwischen gelernt. Etwa aus diesem merkwürdigen Kopp-Verlag in Rottenburg. Und ich kann da noch viele Beispiele aufzählen. Die Reichsbürger zählen auch dazu, auch sie tendieren zur AfD. Nach ihrer Ansicht gibt es unseren Staat gar nicht. Diese Leute sind mit Sachargumenten nicht mehr erreichbar. Trotzdem muss ich mich der Debatte stellen, auch der Debatte über die Kondensstreifen. Denn wenn hier niemand widerspricht, wächst die Gefahr, dass sie immer weiteren Zulauf kriegen.

Und dann gibt es noch die dritte Gruppe und diese ist für uns die Interessante. Das sind die sogenannten Wutbürger, die mir auch im Landtagswahlkampf gesagt haben: „Arnold, wir wählen zum ersten Mal was Anderes. Die AfD. Damit Ihr da oben mal aufwacht und besser werdet“. Da konnte ich lange erklären, dass ich längst wach bin. Das hat nichts geholfen.

Allen drei Gruppen ist gemein, dass ihnen das süße Gift der einfachen Antworten gut gefällt. Und die kriegen sie natürlich von der AfD. Und alle drei Gruppen glauben auch, dass die herrschenden Politiker sie und ihre Probleme vergessen haben und nur noch an alles andere denken.

Vielleicht haben wir aber auch nicht genügend erklärt, dass Politik manchmal aus Tripelschritten besteht. Ich glaube aber, dass man diese dritte Gruppe, also die Wütenden, nicht ausgrenzen darf. Manchmal kann Unzufriedenheit ja auch ein Motor für Entwicklung und Wandel in der Gesellschaft sein. Wir müssen also demokratische Diskussionen mit ihnen führen. Wir können sie nicht ignorieren, wie das im Landtagswahlkampf versucht wurde. Wir müssen uns ihnen stellen und sie mit Argumenten entlarven. Und damit es auch klar ist: Ich habe das immer so gesehen, dass wir im Umgang mit ihnen offen und freundlich bleiben sollten. Demokratisch eben. Zumal sich diese Gruppe ja gern als Ausgestoßene hinstellt. Aber bei aller Freundlichkeit braucht es eine eindeutige Haltung in der Diskussion.

Und die AfD ist unser politischer Feind. CDU, FDP und die Grünen sind unsere politischen Mitbewerber. Es ist also schon ein Unterschied. Und trotzdem brauchen wir einen demokratischen Diskurs. Und Politik muss sich fragen, ob sie sich angesichts der Gefährdung unserer Demokratie selbst verändern kann. Und schließlich muss man fragen, was unsere Gesellschaft zusätzlich leisten muss.

Erstens ist klar, dass Große Koalitionen, das ist eine Binsenweisheit, in der politischen Landschaft die Ränder stärken. Es darf bei uns nicht so werden, wie in Österreich. Dass praktisch vor der Wahl schon klar ist, dass es wieder eine Große Koalition wird. Es darf kein Dauerzustand werden, weil sich sonst das Bewusstsein, dass Politiker eh alle gleich sind, nicht mehr wegzukriegen ist.

Das Zweite ist etwas, bei dem wir etwas besser werden müssen. Die SPD muss den Leuten erklären, dass das, was wir mit 25 Prozent in Berlin erreicht haben, noch längst nicht alles ist. Wir hätten gerne mehr gehabt. Viel geschafft haben wir trotzdem! Aber manchmal habe ich das Gefühl, manche von uns machen es wie der Bäcker, der vor seinen Laden das Schild aufstellt, auf dem steht, dass seine Bretzeln nicht wirklich gut schmecken. Da wird man nicht unbedingt viel Kundschaft finden. Ich glaube, da hat sich etwas verändert. Da haben wir dazugelernt. Und zum alten Zustand wollen wir nicht zurück.

Dazu gehört auch, dass Politik immer wieder neu um Verständnis des demokratischen Kompromisses werben muss. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Weimarer Republik auch daran gescheitert ist, dass die Akteure nicht zu Kompromissen finden konnten. Wir begreifen Kompromisse heute als demokratische Tugend und praktizieren das

auch so. Unterschiedliche Interessen und Anschauungen ringen öffentlich miteinander und am Ende steht ein Kompromiss. Und dann kriegt einmal der ein bisschen was und beim nächsten Mal ist vielleicht eine andere Gruppierung dran. Und wir haben eine gute Machtbalance zwischen Parlamenten, Verbänden, Bund, Ländern und Gemeinden. Das ist es, was unsere Gesellschaft stark gemacht hat. Und auch anderenorts sind die Gesellschaften mit einer vorhandenen Machtbalance, in denen auch um Gerechtigkeit gestritten wird, die wirtschaftlich Erfolgreichen. Das ist wissenschaftlich gut erforscht. Den autoritären Gesellschaften geht es deutlich schlechter. Zum Kompromiss gehört auch, dass wir als Politiker nicht über Betroffene, sondern mit Beteiligten reden. Das gilt von den Maßnahmen in den Gemeinden bis zur Bundespolitik. Dazu gehört, dass die Beteiligten von Anfang an informiert werden. Das ist ein schwieriger Prozess, aber er lohnt sich. Zum Beispiel bei TTIP, wo wir das gemacht haben. Wir sind weg von den Methoden der EU und früheren Koalitionen, die das Thema intransparent behandelt haben und hin zu Transparenz und offener Diskussion. Ich glaube, da haben wir etwas erreicht und die unterschiedlichen Sichtweisen sind zumindest für jeden sichtbar gemacht. Man muss sich nicht immer einig sein, aber so ist klar, wer welche Ansicht vertritt.

Unser repräsentatives parlamentarisches System hat sich sehr bewährt. Aber es gibt schon lange die Diskussion darüber, ob unser Grundgesetz nicht stärker durch plebiszitäre Elemente, also Volksabstimmungen, gestärkt und ergänzt werden sollte. Ich finde schon, dass Referenden eine zusätzliche und vitalisierende Funktion haben könnten. Aber ich kenne auch die Nachteile. Referenden dürfen keine Instrumente von Eliten sein, die damit ihre eigenen Interessen durchsetzen. Dennoch ist die Debatte darüber spannend. Und das sage ich nicht, weil das Rechtspopulisten fordern, sondern weil ich das schon viele Jahre Mitglied dieser Initiative bin und das immer unterstützt habe.

Aber eine Wahl darf am Ende nicht zur Abstimmung über eine einzige wichtige Frage werden. Bei Wahlen geht es um viel mehr als um eine Einzelfrage. Für die Entscheidung in einer einzelnen Frage können auch Referenden ausreichend sein. Ich komme aus einer Stadt, in der man in meiner Jugend, ich selbst war auch stark beteiligt, ein Referendum über den Bau der Stadthalle hatte. Und es hat sich bewährt. Die Halle steht. Ich habe zu denen gehört, die damals in der SPD dafür waren. Aber auch dieje-

nigen, die aber damals dagegen waren, hocken jetzt mit mir zusammen in der Stadthalle. Somit habe ich als Kommunalpolitiker eine positive Erfahrung mit Referenden gemacht. Man darf aber ein Referendum nicht erst dann auf den Weg bringen, wenn das Kind schon im Brunnen liegt. In Nürtingen und bei Stuttgart 21 haben wir das erlebt. Wenn man ein Referendum macht, dann muss man es rechtzeitig in die politische Planung und Strategie mit einbauen.

Und schließlich muss Politik verständlich sein. Das ist ganz klar. Dazu gehört: Weniger Sitzungen mit Ältestenräten hinter verschlossenen Türen. Weniger nichtöffentliche Sitzungen in Kommunalparlamenten. Als Sozialdemokraten sollten wir genau prüfen, was in Ausschüssen und Kommissionen, und was in öffentliche Sitzungen gehört. Zum Verständlich machen gehören auch Politiker, die das können und lernen – und dafür brauchen wir viele Engagierte! In Baden-Württemberg haben wir mit Mühe unter Grün-Rot, und Nils Schmid war dafür der Kämpfer, erreicht, dass es Bildungszeit für ehrenamtlich und kommunal Engagierte gibt. Das wollen die Grün-Schwarzen in Baden-Württemberg jetzt wieder zerschlagen. Logisch, denn die Grünen brauchen das nicht. Deren Ehrenamtliche haben meistens einen Hochschulabschluss. Wir wollen aber auch noch ein paar andere Leute in der öffentlichen Verantwortung sehen.

Wenn es um verständliche Vermittlung von Politik geht, möchte ich zumindest kurz über die Verantwortung von Medien reden. Wenn ein Journalist wie Herr Wehaus unter der Überschrift „Politik, ein großes Kasperletheater“ eine Hasstirade auf die Demokratie loslässt, dann muss man den Redakteuren dieser Zeitung schon sagen: „Leute, überlegt euch wenigstens eins. Glaubt Ihr ernsthaft, dass die Bürger am Ende noch Euer teures Zeitungsabo kaufen, wenn sie das Gefühl haben, dass es sich für sie gar nicht lohnt, sich mit Politik zu beschäftigen? Ihr braucht doch Leute, die sich interessieren. Ihr sägt also an dem Ast, auf dem ihr sitzt.“ Die Redakteure, denen ich das gesagt habe, waren dann etwas beleidigt. Aber solche Kommentare und Artikel werden der Verantwortung einer freien Presse nicht gerecht.

Als letztes möchte ich darüber reden, was die Bürgerinnen und Bürger tun müssen. Ich habe ja schon erwähnt, dass 75 % der Bürger in Deutschland der Auffassung sind, dass Demokratie gut ist. Auch heute Abend sind diese Bürger in der Mehrheit, nicht die anderen mit den Hassparolen. Aber trotzdem müssen wir wachsam sein und das heißt, dass unsere Demokratie Demokraten braucht, die sich einmischen. Wenn kluge

Leute, und das gibt es ja auch bei uns oft, sich verächtlich über Politik äußern, ist das etwa, das wir uns in der jetzigen Situation nicht mehr leisten können.

Oder um ein häufig benutztes Zitat nochmals zu benutzen, dessen Herkunft unbekannt ist, aber das es auf den Punkt bringt: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“. Demokratie wird auf Dauer nur Bestand haben, wenn sie von Menschen getragen und verteidigt wird. Wenn die Bürgerinnen und Bürger selbst sehen, dass alle für die Wahrung unserer demokratischen Grundregeln mitverantwortlich sind. Zu diesen demokratischen Grundregeln gehört dann auch, wie man miteinander umgeht. Wie man anständig streitet in der Demokratie. Und die Bürger müssen ein Mindestmaß an Anstand und Respekt in der demokratischen Diskussion auch einfordern und nicht denen applaudieren, die sich respektlos verhalten!

Und mir sagen dann viele, dass ich gut Reden habe: „Arnold, Du hast früher in der Volkshochschule gearbeitet und sicher mehr Gelegenheit zum ehrenamtlichen Engagement gehabt als jemand, der den ganzen Tag am Fließband stand.“ Und vielleicht hat er Recht. Sicher gibt es Berufe, in denen man sich leichter nebenbei ehrenamtlich engagieren kann.

Diesen Menschen sollten wir aber auch sagen, dass Engagement nicht immer zeitaufwändig sein muss. Engagement beginnt nämlich im Alltag: An der Werkzeugmaschine, am Stammtisch, im Verein, in der Kirche, im Elternbeirat. Es ist einfach wichtig, dass alle Bürger, die hier rechtschaffen sind, sehen, wie wichtig Demokratie ist und dass wir sie nur gemeinsam bewahren können. Indem wir zum Beispiel die Schreihäse in ihre Schranken weisen. Damit sie nicht glauben, sie seien das Volk. Nein, sie sind es nicht und deshalb brauchen wir jeden, der sofort Haltung zeigt, wenn Dinge, die vor drei Jahren so noch nicht gesagt worden wären, plötzlich gesagt werden. In diesem Bereich Haltung zeigen, halte ich für ganz entscheidend.

Und wem es nicht reicht, das Wort zu erheben, der kann in Bürgerinitiativen mitmachen, die Möglichkeiten haben sich ja unglaublich erweitert. Das hat auch Joachim Gauck in einer Rede deutlich gemacht: In Teilen der Gesellschaft sei das Anspruchsdenken gewachsen und die Leute glaubten, dass der Staat vor allem Dienstleister sei, der die Erwartungen und Wünsche der Bürger befriedigen muss. Demokratie sei aber kein Versandhaus, sondern erfordere eine Selbstermächtigung der Bürger, die Dinge zu regeln. Und von daher gibt es natürlich auch die Brücke zu unserer Verfassung, in der es heißt, dass die Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken.

Ihr habt diesen Schritt gemacht. Willkommen. Glückwunsch kann ich da nur sagen. Ihr seid gut aufgehoben. Und wir brauchen junge Leute. Alle Parteien brauchen sie, aber Ihr seid bei uns. Deshalb ist es schön, Euch hier zu sehen. Lassen Sie mich am Ende deshalb Ferdinand Lassalle zitieren. Er sagte schon 1836: „Wenn du etwas verändern willst, dann musst du wissen, dass du das alleine nicht schaffst. Komm in den Verein.“ Gemeint hat er die Partei, die damals noch Verein hieß. Also: Willkommen Ihnen. Vielen Dank, dass Sie da sind. Und ich weiß, dass hier viele Menschen sitzen, die sich längst engagieren und einbringen. Auch dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken, für das was hier in den vergangenen Monaten geleistet wurde. Insbesondere in der Flüchtlingsarbeit. Durch die vielen ehrenamtlichen Frauen und Männer in jeder Gemeinde. Nie und nimmer wäre das ohne Sie geglückt. Das verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt. Herzlichen Dank, dass Sie da sind.